

Schmerz wurde zu
schöpferischer Energie

Polen und Deutschland: Erinnerung und Zukunft in Europa

Bronislaw Maria Karol Komorowski

Das Jahr 2009 ist in Polen und Deutschland ein Jahr besonderer Gedenktage. Wir begehen festlich den zwanzigsten Jahrestag der Wiedergewinnung der Freiheit und der siegreichen Revolution der *Solidarność*, die den Wandel in Mittel- und Osteuropa und in der Folge auch den Fall der Berliner Mauer und die Beendigung der Teilung Deutschlands herbeigeführt hat. In diesem Jahr feiern wir auch den fünften Jahrestag der Osterweiterung der Europäischen Union, die das Jalta-Gefüge endgültig aufhob. Wegen dieses Jahrestages machen wir uns verstärkt Gedanken über die Zukunft des europäischen Projektes.

Der 1. September verpflichtet uns jedoch auch dazu, des siebzigsten Jahrestags des Beginns des grausamsten aller Kriege zu gedenken. Damals begann für die Menschen in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas, insbesondere für die polnischen Staatsbürger, der Albtraum der verbrecherischen nationalsozialistischen Besatzung und des Holocaust sowie der sowjetischen Besatzung. In den Jahren 1939 bis 1945 fanden infolge des vom nationalsozialistischen Deutschland entfachten Krieges über fünf Millionen polnische Bürger den Tod. Viele weitere wurden damals zur Zwangsarbeit verschleppt, viele wurden zwangsweise ausgesiedelt. Fast jede polnische Familie war von der Tragödie des Krieges betroffen. Die polnische Führungsschicht hatte besonders zu leiden. Als Sejm-Marschall sehe ich mich besonders in der Pflicht, das Andenken an die über dreihundert polni-

schen Sejm-Abgeordneten zu pflegen, die während des Zweiten Weltkrieges ums Leben gekommen sind.

Dennoch schafften es Menschen, die die Hölle des Krieges überlebt hatten, die schmerzlichen Erinnerungen in schöpferische Energie umzuwandeln. Es waren die besonders von diesem Kriegsdrama betroffenen Generationen, die die Fundamente des vereinigten Europa schufen. Deutsche, darunter auch der langjährige Bundeskanzler Konrad Adenauer, nahmen unter den europäischen Visionären einen wichtigen Platz ein. Das europäische Projekt hätte ohne den gleichzeitigen Versöhnungsprozess zwischen den Nationen – vor allem zwischen Deutschen und Franzosen – nicht erfolgreich sein können. Die Bemühungen um Versöhnung schufen das Vertrauen zwischen den Völkern.

Während der ersten vierzig Nachkriegsjahre konnten die Polen am Bau des gemeinsamen Europa aus geopolitischen Gründen nicht teilhaben. Trotz der Hindernisse, die die kommunistischen Machthaber diesem Prozess in den Weg legten, beteiligte sich die polnische Bevölkerung an der Aussöhnung. Erwähnt seien hier Ereignisse und Institutionen, die zum Sinnbild dieses schwierigen Prozesses wurden: der Hirtenbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder im Jahre 1965 und die langjährigen Bemühungen katholischer Laien, die um die Krakauer Wochenschrift *Tygodnik Powszechny* versammelt waren und zu denen auch Wladyslaw Bartoszewski ge-

hörte. Am 12. November 1989, nur kurze Zeit nach der friedlichen Revolution, traf sich der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki mit Bundeskanzler Helmut Kohl in Krzyżowa/Kreisau. Beide Politiker nahmen an der Versöhnungsmesse teil und gaben einander das Zeichen des Friedens. Diese symbolische Geste eröffnete ein neues Kapitel in den polnisch-deutschen Beziehungen, eine Zeit intensiver Zusammenarbeit, aber auch wichtiger Debatten über die Vergangenheit.

Die öffentliche Diskussion über Flucht und Zwangsaussiedlung der Deutschen, zu denen es infolge des Zweiten Weltkrieges kam, hat sich als besonders schwierig erwiesen. Damit dieser Dialog sinnvoll bleibt, müssen die beteiligten Seiten guten Willen und die Bereitschaft aufbringen, den Partner zu verstehen. Aus polnischer Sicht lässt sich das Leid der deutschen Zwangsausgesiedelten ohne die Erinnerung daran, wer den Zweiten Weltkrieg begonnen hat, sowie ohne die Erinnerung an den deutschen Völkermord in Osteuropa, insbesondere in Polen, nicht verstehen. Dies ist für uns der wichtigste Kontext der menschlichen Tragödie, die die Zwangsaussiedlungen nach sich gezogen haben. Deswegen können manche Äußerungen, die heutzutage in der Öffentlichkeit zu hören sind, Besorgnis wecken und die Proportionen des Umfangs und der Art und Weise verzerren, in welcher an die deutschen Opfer und die deutsche Schuld erinnert wird. Wenn eine derart um den polnisch-deutschen Dialog verdiente Person wie Wladyslaw Bartoszewski, ein ehemaliger KZ-Häftling und Insasse kommunistischer Gefängnisse, im Zusammenhang mit der Evolution der deutschen Erinnerung in der Berliner Republik seinen Befürchtungen Ausdruck verleiht, gebietet es sich, ihm aufmerksam zuzuhören. Niemand verwehrt den Deutschen das Recht, des eigenen Leids zu gedenken, doch diese

Erinnerungen sollten die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen nicht in den Hintergrund verdrängen.

Obwohl wir zum größten Teil den nach dem Kriege geborenen Generationen angehören, bewahren fast jede und jeder von uns schmerzliche Familienerinnerungen an den Krieg und die Zeit unmittelbar nach dem Krieg. Meine Familie stammt aus dem Gebiet des heutigen Litauen. Nach dem Krieg und der Deportation kam ich in einem Haus in der Nähe von Wroclaw/Breslau zur Welt, das vorher einer deutschen Familie gehört hatte. Das Schicksal der Heimat meiner Familie in Litauen ist mir aber weiterhin sehr nahe. In Polen haben die Zwangsaussiedlungen und ihre Konsequenzen nicht zu Spannungen in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn geführt. Die Aussöhnung wurde auch in den Beziehungen zu unseren Freunden im Osten zur Priorität des polnischen Staates. Zur friedlichen öffentlichen historischen Debatte trugen entscheidend die Entschädigungen des polnischen Staates bei, mit denen polnische Zwangsaussiedler aus dem Osten rechnen konnten. Es würde sich lohnen, auch in Deutschland über diese polnisch-litauischen und polnisch-ukrainischen Erfahrungen nachzudenken.

Unsere gemeinsame polnisch-deutsche Geschichte aus der Zeit von vor über siebenzig Jahren ist ungemein schwierig. Aus der Kriegsgeschichte lassen sich verschiedene Schlussfolgerungen ziehen. Menschen wie Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, haben einen Weg gewählt. Fünfundvierzig Jahre nach dem Kriegsende konnte sie die jetzige Grenze zwischen unseren Ländern nicht anerkennen. Noch vor zehn Jahren drohte sie an, die Bemühungen Polens und Tschechiens um EU-Beitritt zu blockieren.

Es ist an uns, aus der schmerzhaften Geschichte andere Schlussfolgerungen zu ziehen, die auf dem Wege zur Verständni-



gung die Vergangenheit nicht zu einem Hindernis werden lassen. Die Aussöhnung, die kein einmaliges Ereignis, sondern ein kontinuierlicher Prozess ist, stellt die Alternativlösung zum Schüren von Ressentiments dar. Die gemeinsame NATO- und EU-Mitgliedschaft sind die Früchte der Aussöhnung, die wir heute ernten.

Im Rahmen des Demokratisierungsprozesses in Polen war die Eröffnung von

Debatten über die schmerzhafteste Vergangenheit ein wichtiges Element. Seit zwanzig Jahren diskutieren wir ständig über das polnisch-jüdische, polnisch-ukrainische und polnisch-deutsche Verhältnisse während des Krieges und der Nachkriegszeit. Es sind für alle Dialogpartner schwierige Fragen. In den polnischen Diskussionen über unsere gemeinsame polnisch-deutsche Vergangenheit erklingt das literarische Werk von Schriftstellern,

besonders derer aus Gdansk/Danzig, als gewichtige Stimme. Ich denke hierbei an Stefan Chwin und Pawel Huelle. Die Tätigkeit von Organisationen wie der Kulturgemeinschaft „Borussia“, die sich seit vielen Jahren für die polnisch-deutsche und die polnisch-russische Versöhnung einsetzt, ist nicht zu überschätzen. Im Ergebnis ihrer Tätigkeit zeigt die örtliche Bevölkerung ein zunehmendes Interesse für die gemeinsame Vergangenheit des Ermlands und der Masuren. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses hervorragende Werk durch unbedachte politische Entscheidungen und Handlungen verloren geht.

Gemeinsam müssen wir uns an die Geschichte erinnern. Wie der polnische Publizist Adam Krzemiński bemerkte, benötigen unsere Völker für das einundzwanzigste Jahrhundert „eine neue Wort- und Symbol-Sprache“. Zu erwähnen sind auch die Worte von Professor Michael G. Müller, dem deutschen Ko-Vorsitzenden der seit fünfunddreißig Jahren tätigen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission: „Probleme, die aufgrund der deutsch-polnischen Beziehungen und der Vergangenheit strittig erscheinen, sind in Wirklichkeit unter Historikern überhaupt nicht strittig.“ Wir kennen die Geschichte und dürfen sie nicht vergessen. Aber ein Europa, in dem jedes Volk sich auf das Leid der eigenen Opfer konzentrierte, wäre ein grauenvoller Kontinent. Die Vergangenheit soll uns dazu verpflichten, eine gemeinsame Zukunft zu planen.

Um die Gegensätze zu überwinden, die sich aus den unterschiedlichen Erinnerungen an die Vergangenheit ergeben, müssen wir lernen, auf eine neue Art und Weise über die Geschichte zu reden, und neue „Erinnerungsorte“ schaffen. Am 17. Juni 2009 habe ich gemeinsam mit Bundestagspräsident Norbert Lammer ein Denkmal enthüllt, das an den Beitrag der polnischen Solidarność (Solidarität) zum Fall der Berliner Mauer und

zur Wiedervereinigung Deutschlands erinnert. Das Mauerstück der Danziger Werft, in der vor fast dreißig Jahren der Streik der polnischen Arbeiter begann, wurde zum Symbol des gemeinsamen siegreichen Kampfes für die Freiheit. Als ich am 56. Jahrestag der Erhebung der deutschen Arbeiter vom Juni 1953 jenes großartige Denkmal enthüllte, erlaubte ich mir, an das Motto der polnischen Arbeiter aus der Zeit vor zwanzig Jahren zu erinnern: „Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität.“

Die Ausstellung im deutschen Bundestag im Frühjahr 2009, die der Solidarność und ihrem Beitrag zum Fall des Kommunismus in Europa gewidmet war, war auch ein Versuch, die öffentliche Sprache um neue Argumente zu bereichern und unseren historischen Wortschatz zu erweitern. Ich freue mich schon heute auf die vom Bundestag vorbereitete Ausstellung über die Geschichte der Berliner Mauer. Am zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls werde ich sie gemeinsam mit dem Bundestagspräsidenten im Hauptgebäude des polnischen Sejms eröffnen. An demselben Tag, am zwanzigsten Jahrestag der denkwürdigen Aussöhnungsmesse, enthüllen wir gemeinsam in Krzyżowa/Kreisau ein Stück der Berliner Mauer. Ich bin zutiefst überzeugt, dass sowohl Krzyżowa als auch das Mauerstück der Danziger Werft, das in Berlin ausgestellt ist, zu Symbolen werden, die dem einundzwanzigsten Jahrhundert angemessen sind: Symbole der Integration, des Dialogs und der Verständigung.

Wir müssen die Erinnerung an die Vergangenheit bewahren, gleichzeitig aber versuchen, eine kurze Bilanz der polnisch-deutschen Beziehungen der letzten Jahre zu ziehen und über die Zukunft des Dialogs zwischen unseren Ländern nachzudenken. Die Intensität der Kontakte ist so hoch, dass ich mich nur auf die Ebene, die mir besonders nahe liegt, das heißt auf die Zusammenarbeit zwischen dem Sejm

und dem Bundestag, beschränken möchte. Sowohl die Präsidien beider Häuser als auch die Auswärtigen Ausschüsse und ab Mai 2004 die Europa-Ausschüsse führen seit Jahren einen intensiven Dialog. In beiden Parlamenten sind Polnisch-Deutsche Parlamentariergruppen tätig, denen Abgeordnete angehören, für welche die bilateralen Beziehungen von besonderer Wichtigkeit sind. Gemeinsame Sitzungen der Parlamentsgremien finden alle paar Monate statt. Mit keinem anderen Parlament arbeitet der polnische Sejm so intensiv zusammen wie mit dem Bundestag.

Die Orte, an denen sich die Vertreter von Sejm und Bundestag treffen, das heißt Wrocław und Krzyżowa, Berlin und Gdansk, sind für Polen und Deutsche zu sehr wichtigen „Erinnerungsorten“ geworden. Es ist einfach unmöglich, dort über Identität, Erinnerungen und Geschichte zu schweigen, und der Raum zwischen Ereignis und Erinnerung wird daher zu einer sehr sensiblen Sphäre. Trotzdem wird während der gemeinsamen Präsidiumssitzungen viel mehr über Gegenwart und Zukunft diskutiert.

Ohne die schmerzliche Geschichte zu vergessen, gehen wir bei diesen Diskussionen von dem Prinzip aus, die Planung der gemeinsamen Zukunft unerschrocken in Angriff zu nehmen. Diese Zukunft ist mit dem Schicksal der Europäischen Union verbunden, in der unsere Länder oft mit einer Stimme sprechen können und sollen. Unseren beiden Ländern ist sehr viel daran gelegen, sowohl die Integration in Europa zu vertiefen als auch die transatlantische Zusammenarbeit zu bewahren, die für Polen und für Deutschland von erheblicher Bedeutung ist.

Angesichts der Tatsache, dass die Welt in einem raschen Wandel begriffen ist, brauchen wir eine Vertiefung der europäischen Integration. Dies gilt für solche Bereiche wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Es gibt wenige europä-

ische Staaten, die in der Lage sind, ihre Energiesicherheit selbstständig zu gewährleisten. Deshalb sind wir in Europa aufeinander angewiesen. Die Wirtschaftskrise zwingt die EU-Länder zu einer tieferen Integration und Solidarität im Rahmen der EU-Strukturen. Die Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten umfasst auch die Notwendigkeit und Chance, dass sich Polen und Deutschland einander annähern.

Die heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürfen die Erweiterung des Raumes der Stabilität und Entwicklung, den die Europäische Union darstellt, nicht verzögern. Die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU wird jedoch ohne den Lissabon-Vertrag sehr schwierig sein. Sein Inkrafttreten wäre somit für unsere beiden Länder von besonderer Bedeutung.

Beide Parlamente haben ebenfalls erklärt, dass sie der Ausarbeitung einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber dem Osten einen hohen Stellenwert beimessen. Wir freuen uns in Polen, dass die östliche Partnerschaft auf eine derart breite Unterstützung der deutschen Seite gestoßen ist. Wir haben selbstverständlich auch über Fragen gesprochen, die Polen und Deutschland bisher trennten, das heißt über den geplanten Bau der North-Stream-Pipeline durch die Ostsee.

Der polnisch-deutsche Dialog war nie so lebhaft und so gut wie jetzt. Noch niemals verbanden uns so viele gemeinsame Interessen. Der polnisch-deutsche Dialog muss in einem immer größeren Maße die gemeinsame Zukunft im vereinigten Europa betreffen, ohne dass auf Gespräche über das gemeinsame Erbe der Vergangenheit, über Verantwortung und Schuld verzichtet würde. Die gemeinsame Zukunft birgt die wahren Herausforderungen, auf die wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern sehr rasch eine Antwort finden müssen.